

# Von einer Analyse der Handlungsdefizite zu einer öffentlichen Debatte über grundsätzliche Fragen der Zukunftsgestaltung

---

Der Mouvement Ecologique möchte auf der Grundlage seiner Analyse im Rahmen des „Mecoskop“ eine Reihe von grundsätzlichen Überlegungen zur Politikgestaltung aus der Sicht der nachhaltigen Entwicklung formulieren. Dies in der kritischen, aber auch konstruktiven Perspektive einer Nicht-Regierungsorganisation, die tagtäglich mit den konkreten Problemen vor Ort konfrontiert wird, die von BürgerInnen an sie herangetragen werden.

## 2.1. Mehr Schlagkraft und Konsequenz bei der Umsetzung von Maßnahmen erforderlich

---

**Wie bereits in dem ersten Teil dieser Stellungnahme angeführt, fehlt es an einer gewissen staatlichen Schlagkraft bei der konkreten Umsetzung von Konzepten in die politische Praxis.** So werden zwar nachhaltigkeitsrelevante Pläne und Strategien erstellt und öffentlich vorgestellt, doch deren Umsetzung erfolgt manchmal nur zu zaghaf. Beispiele dafür sind: der nationale Nachhaltigkeitsplan, die Mobilitätsplanung, die Strategie der erneuerbaren Energien u.a.m.

**Eine ehrliche Analyse in Bezug auf die Ursachen der Handlungsdefizite ist unerlässlich: Liegt es an dem fehlenden politischen Willen? An falschen Prioritätensetzungen innerhalb der Regierung? An fehlenden oder ungenügenden Finanzmitteln? An fehlenden Personalressourcen?**

Der Mouvement Ecologique kommt aufgrund der „Mecoskop“-Bilanz zu folgender (momentaner) Einschätzung: Lassen sich Koalitionsversprechen ohne große Reibungsverluste mit der politischen Realität angehen (z.B. Erstellung eines Aktionsplanes), so erfolgt dies begrüßenswerter Weise.

Weitaus weniger tatkräftig scheint die Regierung jedoch dann, wenn es gilt derartige Pläne / Absichten mit konkretem Leben zu füllen: Der Weg von der Theorie zur Praxis scheint dann doch ein weiter zu sein, vor allem auch dann, wenn das Dossier zwar auf hohe Akzeptanz stößt, aber recht aufwendig in der Detailumsetzung ist.

Noch problematischer wird die Situation, wenn unterschiedliche Interessen im Spiel sind. Hier muss man sagen, dass die Ansprüche einer nachhaltigen Entwicklung dann doch oft den Kürzeren ziehen. Das neue geschaffene Nachhaltigkeitsministerium hat in dieser Beziehung zu keiner Verbesserung der Situation geführt.

**Fazit: wenn**

- konkretes Handeln gefordert ist,
- eine Integration von Nachhaltigkeitsüberlegungen in andere Sektoren erforderlich wird,
- eine Prioritätensetzung notwendig und
- Grundsatzentscheidungen zwischen verschiedenen Interessen getroffen werden müssen, scheint die Umsetzung der Koalitionsaussagen gefährdet bzw. gehemmt zu sein.

## 2.2 Grundsätzliche Reformen werden aufgeschoben

---

Dies wirft die Frage nach dem Stellenwert auf, den strukturellen Reformen seitens der Regierung - in Ausführung des Koalitionsprogrammes - im Nachhaltigkeitsbereich überhaupt zugemessen wird.

Ein Beispiel: Die Reform der Gemeindefinanzen. Diese wird seit Jahrzehnten angekündigt (!! ) jedoch nicht umgesetzt. Dazwischen werden immer wieder "Zwischenlösungen" - andere Wege gesucht, um den heutigen Finanzierungsbedarf der Gemeinden (u.a. aufgrund neuer Aufgaben) - zumindest in einigen Punkten auszugleichen. Bsp. die Einführung der finanziellen Unterstützung des Staates von Gemeinden im Rahmen des Wohnungsbaupaktes, dies als Ausgleich für eine wirklich angemessene Gemeindefinanzierung, die ohne Gemeindefinanzreform nicht gegeben ist.

Ein anderes Beispiel: Obwohl gewusst ist, dass auf der Ebene der Mobilitätsplanung deutlichere Prioritäten - auch Finanzprioritäten - gesetzt werden müssen, wird der Eindruck vermittelt, als ob Geld für zentrale Infrastrukturprojekte auf der Ebene des Ausbaus des öffentlichen Transportes als auch für den Straßenbau vorhanden wäre.

**Wenn wirklich tiefgreifende Akzentsetzungen anstehen, vielleicht auch grundsätzliche Abwägungen auf der Tagesordnung sind, dann harren scheinbar Koalitionsversprechen einer Umsetzung. Auch wenn dies z.T. nachvollziehbar ist: Eine nachhaltige Zukunftsgestaltung braucht einen deutlichen Paradigmen-Wechsel z.B. in der Mobilitäts-, der Energie- und der Wirtschaftspolitik!**

## **2.3 Kontraproduktive Projekte stellen z.T. nachhaltige Akzente in Frage**

---

Man kommt aber auch nicht umhin festzustellen, dass gleichzeitig zur teilweisen Umsetzung der Regierungsversprechen andere Projekte, die den damit verfolgten Zielen zuwiderlaufen, ebenfalls vorangetrieben werden.

Stichworte für diese anachronistische Entwicklung sind u.a.: Die geplante Ausweisung von neuem Bauland inmitten der Grünzonen - Bebauung von aus Naturschutzsicht relevanten räumlichen Korridoren - Projekte wie das Dossier Livingen - geplante weitere Neuausweisung kommunaler Aktivitätszonen statt regionaler Lösungen - weitere geplante Förderung von ökologisch nicht vertretbaren Bio-Kraftstoffen....

Das Beispiel Landesplanung ist in dieser Hinsicht besonders augenscheinlich: Das Programm der Landesplanung spricht sich in aller Deutlichkeit für eine prioritäre Innenentwicklung der Ortschaften und der entsprechenden Mobilisierung von Siedlungsflächen innerhalb der Bauperimeter bzw. der Nutzung von bestehendem Wohnbestand aus, dies vor einer Außenentwicklung in die Grünzonen hinein. Auch optiert dieses Programm für eine prioritäre Förderung der sog. zentralen Orte. In der Realität werden - seitens des Wohnungsbauministeriums - scheinbar über 500 ha neuer Wohnraum in den Außenbereichen der Gemeinden "gesucht", Gemeinden / Ortschaften neue Wohnzonen werden außerhalb der zentralen Orte gefördert (Bsp. Leudelingen-Gare) u.a.m.. Die Ziele des Nachhaltigkeitsplanes (Minderung des Flächenverbrauchs bzw. der Zersiedlung der Landschaft) werden so in Frage gestellt. Ein Diskurs über diesen äußerst beunruhigen Trend wird seitens des Landesplanungsministerium nicht gefördert, ja sogar blockiert: wo bleibt z.B. das Monitoring des IVL-Konzeptes?

**So hebeln Alltagsentscheidungen grundsätzliche Ziele des Koalitionsabkommens aus.**

## **2.4 Maßnahmen stehen vielfach nicht im Verhältnis zum Ausmaß der Herausforderungen**

---

Die Realität weist aber auch auf, dass die getroffenen Maßnahmen keineswegs ausreichen, um die gesteckten Ziele zu erreichen.

Drei besonders flagrante Beispiele, stellvertretend für andere:

- Das Monitoring im Naturschutzbereich wurde nach jahrelangen Forderungen endlich umgesetzt, Arten- und Biotopschutzprogramme in die Wege geleitet. Doch diese Initiativen konnten nicht verhindern, dass der Trend im Artensterben und im Biodiversitätsverlust in Luxemburg scheinbar ungehemmt weiter geht.
- Oder aber der Biolandbau: es wurde ein Aktionsplan erstellt, die Finanzmittel zur Umsetzung sogar über den vorgesehenen Zeitrahmen hinaus fortgeschrieben. Die Realität ist aber trotzdem, dass die Entwicklung des Biolandbaus in Luxemburg weit hinter den Zielen zurücksteht. Ja, dass er in Luxemburg weiterhin ein stiefmütterliches Dasein bei knapp 3% fristet, während 10% bis zum Jahre 2020 das Ziel sind.
- Der „modal split“, d.h. die Gewichtung zwischen öffentlichem und Individualtransport ist ein weiteres Beispiel. Angepeilt wird 25% öffentlicher und 75% Individualtransport. Trotz einer Reihe von Initiativen konnten wir uns diesem Ziel wohl kaum nähern. Dies wohl auch angesichts der generell steigenden Mobilitätsbewegungen.

**Auch dieser Situation müssen wir uns stellen, wenn die entschiedenen Instrumente nicht ausreichen, um die erwünschten Ziele zu erreichen.**

**Anmerkung:**

Die Struktur des Nachhaltigkeitsministeriums als solche kann bis dato nicht als ein erfolgreiches Strukturkonzept gewertet werden. Die Zusammenführung der verschiedenen Ressorts in einem Ministerium hat nach Ansicht des Mouvement Ecologique in der Tat nicht dazu geführt, dass deren Schlagkraft erhöht wurde bzw. nachhaltige Entwicklung verstärkt als horizontale Aufgabe aller Politikbereiche gesehen wird. In einer Reihe von Dossiers mögen zwar ökologische Aspekte *im inneren Kreis* des Nachhaltigkeitsministeriums noch angesprochen werden, nach außen findet jedoch z.B. die „ökologische Dimension“ kaum noch Erwähnung.